

Neue Ansätze für ländliche Entwicklung

Interview mit Christoph Kohlmeyer, Referat »Ländliche Entwicklung und Welternährung« im BMZ Seite 2

EPAs bedrohen Sambias Milchbauern

Beispiel Magoye-Gemeinde Seite 3

Zertifizierung von Biokraftstoffen

Lösung oder Problem? Seite 4

Klimawandel, Energiepflanzen und wachsender Hunger

Herausforderungen für Landwirtschaft und Agrarpolitik wachsen weiter



PICTURE ALLIANCE

Durch den Klimawandel verursachte extreme Wetterereignisse wie Dürren gefährden die Ernten, gerade in Entwicklungsländern. Die Anpassung ist nur mit gezielten agrar- und handelspolitischen Interventionen zu schaffen.

Die extreme Trockenheit in Deutschland und anderen europäischen Ländern in diesem Frühjahr wird deutlich geringere Ernten zur Folge haben. In Australien führt die seit Jahren anhaltende Dürre sogar schon dazu, dass mehrjährige und trockenresistente Kulturen wie Wein und Obst akut gefährdet sind. Die Landwirte in vielen Entwicklungsländern müssen sich schon länger mit ausbleibenden oder unzuverlässigen Regenfällen auseinandersetzen – gerade auch in den vom Monsun abhängigen und bevölkerungsreichen Ländern Süd- und Südostasiens. Die Häufigkeit von extremen Wetterereignissen wird aufgrund des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen.

Die Landwirtschaft ist aber nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern auch Täter. Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schätzt in seinem jüngsten Bericht, dass der Sektor einen Anteil von 30 Prozent am Treibhauseffekt hat. Das Abbrennen von Wäldern für landwirtschaftliche Flächen setzt erhebliche Mengen CO₂ frei. Noch wichtiger sind Spurengase, die durch den Einsatz von Kunstdünger und intensive Tierproduktion entstehen und um ein Vielfaches klimawirksamer sind. Der Einsatz von Stickstoffdünger verursacht erhebliche Emissionen von Lachgas, dessen Treibhauspotenzial pro Molekül fast 300-mal so groß ist wie das von CO₂. Andererseits sollen Energiepflanzen fossile Brennstoffe ersetzen, und die Landwirtschaft soll so zur Verminderung der CO₂-Emissionen beitragen.

Durch diese Entwicklungen zeichnet sich eine veränderte agrarpolitische Problemlage ab: Die Überschussproduktion wird wohl spätestens mittelfristig verschwinden. Den durch die Klimaveränderungen zu erwartenden geringeren Ernten (im Durchschnitt) steht eine zusätzliche Nachfrage nach Energiepflanzen gegenüber. Und schließlich müssen bis 2015 eine Milliarde Menschen zusätzlich ernährt und die Zahl der Hungernden spürbar reduziert werden.

Die globale Agrar- und Handelspolitik muss reagieren...

Die Bauern in vielen Industrie- und Entwicklungsländern sind auf die neuen Herausforderungen nicht gut vorbereitet. Gerade in den ärmeren Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, rächt sich jetzt die Vernachlässigung der traditionellen kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Nationale und internationale Entwicklungsstrategien haben Entwicklungsländer dazu gedrängt, auf exportorientierte Landwirtschaft und die Öffnung der Märkte für subventionierte Importe zu setzen. Dies hat dazu geführt, dass in traditionelle Produktionssysteme nicht investiert wurde und diese nicht weiter entwickelt werden konnten. Die Kleinbauern haben jetzt Probleme, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

In den letzten Jahren ist zumindest in der entwicklungspolitischen Diskussion eine Trendwende zu erkennen: Die Bedeutung von Landwirtschaft und ländlichen Räu-

men wird wiederentdeckt. Zur Erreichung des »Millennium-Entwicklungsziels« der UN, den Anteil der Armen an der Weltbevölkerung bis 2015 zu halbieren, müssen sie einen entscheidenden Beitrag leisten. Im ländlichen Raum leben etwa drei Viertel der Armen weltweit, die meisten sind Klein- und Kleinstbauern. Dies hat auch die Weltbank erkannt und Landwirtschaft zum Leitthema des diesjährigen Weltentwicklungsberichts erklärt. Auch andere Entwicklungsorganisationen wollen das Thema wieder stärker voranbringen. Unter anderem um diesen Prozess auf europäischer Ebene voranzutreiben, findet vom 18. bis 21. Juni in Berlin die Zweite Europäische Konferenz für Nachhaltige Ländliche Entwicklung statt, an der neben Regierungsvertretern und Abgeordneten aus der EU auch Kleinbauern und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus Entwicklungsländern teilnehmen.

In der Handelspolitik sind die Entwicklungen widersprüchlich. In der laufenden Doha-Runde der WTO setzt sich die große Mehrheit der Entwicklungsländer klar dafür ein, Produkte, die für Kleinbauern und die Ernährungssicherung wichtig sind, zu schützen und zu fördern. Dies trifft allerdings auf den heftigen Widerstand vor allem der USA und ist einer der Gründe dafür, dass die Verhandlungen blockiert sind.

... aber richtig

In den USA und der EU stehen in diesem bzw. im nächsten Jahr wichtige Reform- bzw. Überprüfungsprozesse der jeweiligen Agrarpolitik an. Dabei werden die Weichen zumindest für die nächsten fünf bis zehn Jahre gestellt – nicht nur für Bauern und Konsumenten dort, sondern über die Handels- und Subventionsregeln auch für viele Menschen in Entwicklungsländern.

Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik stehen also national und international vor ganz neuen Herausforderungen, die zu den »alten« Problemen hinzukommen. Es besteht die Gefahr, dass der Nahrungs- und Energiebedarf einer wachsenden Weltbevölkerung nur durch eine »verbesserte« Produktionstechnologie gedeckt werden soll. Die dadurch zu erwartende intensivere Nutzung von Düngern und Pestiziden, der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und großflächige Monokulturen sind durchaus im Interesse der Agrar- und Ernährungsindustrie. Dem Schutz des Klimas, der biologischen Vielfalt und der Armuts- und Hungerbekämpfung stehen sie jedoch entgegen.

Dagegen können durch kleinräumigere und vielfältige Produktionssysteme hohe Erträge mit deutlich weniger Einsatz von Düngern und Pestiziden und mehr Beschäftigung realisiert werden. So könnte der Anbau von Energiepflanzen die Lebensmittelproduktion sogar fördern, statt in direkte Konkurrenz zu treten.

Die Blaupause für eine Agrarpolitik, die alle diese Ziele widerspruchsfrei einlöst, gibt es noch nicht. Wichtige Elemente, wie das Recht auf Nahrung sowie der Ansatz, »Subventionen« ausschließlich für ökologische und andere gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft zu verwenden, werden schon lange diskutiert und sind ansatzweise schon vereinbart. Andere, wie Klima- und Sozialkriterien für den Energiepflanzenanbau, müssen noch entwickelt werden.

TOBIAS REICHERT

Editorial



MICHAEL WINDFUHR
 Vorstand Germanwatch

Die Hälfte aller Hungernden weltweit sind Kleinbauern, die von den Erlösen ihrer Produkte kaum leben können. Sie werden sowohl von der nationalen als auch von der internationalen Agrarpolitik vernachlässigt. Die nationalen Budgets für ländliche Entwicklung wurden zwischen 1995 und 2005 im Durchschnitt aller afrikanischen Länder halbiert. Ähnlich erging es der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit für ländliche Räume. Die Förderung von Kleinbauern im ländlichen Raum ist so fast zum Erliegen gekommen. Wenn unter diesen Vorzeichen die lokalen Märkte schnell geöffnet werden, wie es derzeit in der Welthandelsorganisation und den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zur Verhandlung steht, werden die Kleinbauern chancenlos in einen Wettbewerb mit den weltweit günstigsten Anbietern geschickt. Germanwatch fordert deshalb von der deutschen und europäischen Politik, diese Entwicklungen dringend zu überdenken. Sie sind herzlich eingeladen, in dieser Zeitung mehr über die Zusammenhänge zu lesen und sich an unserer Aktion auf Seite 3 zu beteiligen.

Michael Windfuhr



Warum ich Germanwatch wichtig finde



ARMIN LASCHET
 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Germanwatch – fällt dieser Name, denke ich an eine durchsetzungsfähige und ganzheitlich wirkende Organisation, die sich in vielen Ländern für den Schutz der Umwelt und die Belange der Armen einsetzt. Das macht sie zu einem unverzichtbaren Akteur der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Besonders wichtig jedoch ist ihr beharrliches Engagement für faire Handelsbedingungen. Germanwatch nennt Ungerechtigkeiten beim Namen und informiert die breite Öffentlichkeit darüber – zum Leidwesen all jener, die von den ungerechten Strukturen profitieren. Den Menschen in den Entwicklungsländern dagegen ist Germanwatch ein zuverlässiger Partner geworden. Genau dies ist es, was mich, dem für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen zuständigen Minister, an Germanwatch am meisten beeindruckt.

»Gezielter Außenschutz kann ländliche Entwicklung fördern«

Dr. Christoph Kohlmeyer ist Leiter des Referates »Ländliche Entwicklung und Welternährung« beim Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herr Dr. Kohlmeyer, die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind seit den 1990er Jahren stark gesunken. In den letzten Jahren wird deren Bedeutung aber wieder verstärkt diskutiert. Schlägt sich dies schon in zusätzlichen Programmen und Mitteln nieder und gibt es eine neue Ausrichtung der Strategien zur Förderung der ländlichen Entwicklung?

Der Rückgang der Gelder für den Agrarsektor hatte ja nachvollziehbare politische und ökonomische Gründe. Teure Großprojekte waren in der Regel leider nicht erfolgreich. Neuere Ansätze arbeiten dagegen sehr viel stärker auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Beispielsweise fördern sie das Recht auf Nahrung sowie Mitspracherechte der ländlichen Bevölkerung durch Dezentralisierung und Genossenschaften. Sie schlagen sich al-



DR. CHRISTOPH KOHLMAYER
Referat »Ländliche Entwicklung und Welternährung« beim BMZ

lerdings erst mit einer gewissen Zeitverzögerung in EZ-Programmen nieder, da diese in der Regel für mehrere Jahre angelegt sind. Der Anteil der Projekte im ländlichen Raum am Gesamtbudget der Weltbank ist aber schon wieder auf über zehn Prozent angestiegen. Welche Rolle kann und soll das von Ihnen mitorganisierte 2. Europäische Forum für Nachhaltige Ländliche Entwicklung in diesem Zusammenhang spielen?

Das Forum richtet sich vor allem an Entwicklungsorganisationen und Finanzgeber.

Sie sollen mit Nichtregierungsorganisationen (NRO), Wissenschaftlern und Stakeholdern, vor allem aus Entwicklungsländern, über ländliche Entwicklung sowie neue »funktionsorientierte« Ansätze diskutieren. Damit soll die Bedeutung der ländlichen Entwicklungspolitik einem größeren Spektrum von Akteuren verdeutlicht werden.

Wie schätzen Sie die Rolle von extrem finanzkräftigen privaten Stiftungen ein. Diese planen, in den nächsten Jahren mehrere Milliarden US-\$ in Agrarprojekte in Afrika zu investieren. Wie sieht es mit der Kohärenz zur öffentlichen EZ aus?

Grundsätzlich finde ich es gut, wenn reiche Privatleute einen Teil ihres Vermögens für wohltätige Zwecke zur Verfügung stellen. Zwischen den staatlichen Entwicklungsorganisationen und der Zivilgesellschaft hat sich über Jahre eine gute Diskussionskultur und in vielen Punkten ein gemeinsames Verständnis entwickelt. Die Stiftungen kommen allerdings aus einem ganz anderen, wirtschaftlich orientierten Umfeld. Die staatlichen Organisationen befördern daher aktiv einen Dialog und hoffen, dass die Stiftungen ihre Ansätze und Projekte zur Diskussion stellen. Dabei müssen dann auch kontroverse Punkte wie die Rolle der Gentechnik angesprochen werden.

In den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) steht eine weitgehende Öffnung der Agrarmärkte der meisten Entwicklungsländer zur Debatte. Viele dieser Länder fordern, »spezielle« Produkte von der Liberalisierung auszunehmen, die für Kleinbauern und die Ernährungssicherheit wichtig sind. Gerade die USA sperren sich dagegen. Wie positionieren sich Bundesregierung und EU in diesem Streit?

Weder die EU noch die Bundesregierung stellen sich gegen das Konzept der speziellen Produkte. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist ein gewisser Außenschutz notwendig, und auch die Erfahrung der asiatischen Tigerstaaten hat gezeigt, dass der gezielte Schutz bestimmter, sich entwickelnder Wirtschaftszweige sinnvoll ist. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass Landwirte sich darauf konzentrieren, den Schutz zu verteidigen, statt effizienter zu werden. Die WTO kann hier eine positive Rolle spielen, indem sie die Länder dazu anleitet, beim Beginn von Schutzmaßnahmen gleich deren Ende mitzudenken.

Wird die EU in den ebenfalls gerade zur Verhandlung stehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) im Rah-

Projektvorstellung

Agrar- und Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt auf dem Land. Dort werden nicht nur Nahrungsmittel und agrarische Rohstoffe produziert, sondern auch biologische Vielfalt und natürliche Ressourcen genutzt und erhalten. Diese Leistungen wurden in der Agrarpolitik weltweit lange entweder ganz ignoriert oder einseitig auf Produktion reduziert.

In den letzten Jahren haben sich mit der Reform der EU-Agrarpolitik und Diskussionen in Entwicklungsorganisationen Möglichkeiten ergeben, ein breiteres Verständnis von ländlicher Entwicklung zu stärken. In einem neuen Projekt wollen Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) konkrete Beispiele für erfolgreiche Politikkonzepte vorstellen und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen Kriterien für eine bessere Agrarpolitik in Nord und Süd entwickeln. Die Ergebnisse sollen in die Diskussionen zur weiteren Reform der EU-Agrarpolitik, der Handels- und Entwicklungspolitik eingebracht werden. (TR)

EU-Agrargelder müssen qualifiziert werden

Fördergelder sind wichtig für die bäuerliche und umweltgerechte Landwirtschaft – richtig eingesetzt

Die Agrarsubventionen in der EU und in Deutschland sind ungleich verteilt. Das zeigt folgendes Rechenbeispiel: Bisher haben die Betriebe am meisten direkte Zahlungen erhalten, die mit nur wenigen Menschen möglichst viel Fläche bewirtschaften. Solche Betriebe können ganz legal auf umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr im Betrieb kommen. Der Durchschnitt aller Höfe in Deutschland erhält dagegen jährlich nur 9.000 Euro je Arbeitskraft, das ist weniger als ein Zehntel.

Das Wegrationalisieren von Arbeitskräften wird honoriert und führt zu einer Wettbewerbsverzerrung zu Lasten bäuerlich und umweltverträglich wirtschaftender Betriebe. Denn diese Form der Landwirtschaft ist arbeitsintensiv. Großbetriebe können ihre Produkte durch die Subventionen besonders günstig verkaufen, auch auf dem Weltmarkt, wodurch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern in ihrer Existenz bedroht werden. Das liegt im Kern daran, dass die notwendige soziale und ökologische Qualifizierung der Agrarsubventionen fehlt.

Bisher sind kaum Daten veröffentlicht, die Aufschluss darüber geben, wer wie viele Agrarsubventionen wofür bekommt. Deshalb schloss sich Anfang 2006 ein Bündnis aus über 30 Organisationen aus Landwirtschaft, Umweltschutz, Entwicklungspolitik und Tierschutz zusammen, darunter auch Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Unter dem Titel »Initiative für Transparenz bei Agrarsubventionen« haben sie um die Offenlegung der Verwendung der Agrarzahllungen gekämpft. Neben dem deutschen Bündnis gab es verschiedene Aktivitäten in anderen EU-Ländern. Ungefähr im gleichen Zeitraum hat auch die EU-Kommission eine Transparenzinitiative gestartet.

Der Druck auf die Mitgliedstaaten wie Deutschland, die bisher keine oder nur sehr lückenhafte Informationen über die Empfänger von EU-Geldern öffentlich gemacht haben, war irgendwann so groß, dass sie der Forderung nach Transparenz nachgeben mussten. Dies war ein Erfolg, allerdings mit leichten Rückschlägen.

Der jüngste Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass die Veröffentlichung der Zahlen über die Verwendung und Wirkung der Agrarsubventionen erst im Jahr 2009 erfolgt. Dabei prüft die EU ein Jahr vorher die Wirkung der in 2003 durchgeführten Agrarreform. Zudem sieht der EU-Vorschlag nicht mehr vor, die Einzelbeihilfen aufzuschlüsseln. Es soll weiterhin im Dunkeln bleiben, ob Zuschüsse für einen neuen Schweinestall oder die Umstellung auf ökologischen Landbau gezahlt werden.

Fördergelder sind ein wichtiges Instrument, um bäuerliche Höfe zu erhalten und zu stärken. Deshalb ist das Ziel der Transparenzinitiative, dass die Agrarzahllungen an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden.

BERIT THOMSEN

Die Autorin ist für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft tätig.

Mehr Infos unter: www.wer-profitiert.de und www.farmsubsidy.org



Trubel am Hafen von Daressalam: Die Politik auf EU- und WTO-Ebene entscheidet über die Zukunft von Kleinbauern und Händlern in Afrika

men der WTO vereinbarte »spezielle« Produkte der AKP-Staaten voll anerkennen und eventuell sogar weitere Flexibilitäten einräumen?

Im Rahmen der EPAs sollen – wo notwendig – alle WTO-Flexibilitäten zu Gunsten der AKP-Staaten genutzt werden. Asymmetrie soll es beim Liberalisierungsgrad, bei den Übergangsfristen und den Schutzmechanismen geben. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollten die AKP-Länder die Zölle auf etwa 80 Prozent der importierten Waren abbauen. Mit den restlichen 20 Prozent könnten also spezielle Produkte abgedeckt werden. Für den Zollabbau können lange Übergangsfristen vorgesehen werden, die bis zu 25 Jahre betragen können. Die Länder müssen daher kritisch prüfen, wie möglichst in diesem Rahmen ihren Schützbedürfnissen entsprochen werden kann. Außerdem muss zusätzlich ein Schutzmechanismus in den EPAs verankert und überwacht werden, der es erlaubt, die Liberalisierung auszusetzen, wenn ein rascher Importanstieg zu sozialen oder Ernährungssicherungsproblemen führt.

Der Abschluss der WTO-Runde ist ja noch keineswegs sicher. Wie werden EU und Bundesregierung reagieren, falls die WTO-Verhandlungen scheitern?

Die EU hat auf der WTO-Konferenz in Hongkong versprochen, bei einem Abschluss der Runde die direkten Exportsubventionen bis 2009 deutlich zu reduzieren und bis 2013 ganz abzuschaffen. Es wäre sicherlich ein großer Verlust, wenn dies aufgrund des Scheiterns der WTO-Runde nicht erreicht werden könnte. Aus Sicht des BMZ müssen daher unabhängig vom WTO-Prozess entwicklungsfreundliche Rahmenbedingungen für den Welthandel geschaffen werden. Im Bereich der Exportsubventionen gibt es bereits ein unausgesprochenes Abkommen. Danach werden keine subventionierten Agrarprodukte in jene Länder exportiert, die ihre Zölle auf diese Produkte weitgehend abgebaut haben. Dieses könnte gestärkt werden. Die Bundesregierung hat dazu allerdings noch keine abschließende Position.

INTERVIEW: TOBIAS REICHERT

WTO-Runde hakt am Schutz für die Kleinbauern

Abschaffung von Agrar-Exportsubventionen darf nicht von Zugeständnissen der Entwicklungsländer abhängen

Alle Versuche, die im Sommer 2006 unterbrochenen Verhandlungen in der WTO wieder zum Laufen zu bringen, sind bis jetzt gescheitert. Seit Anfang des Jahres spricht man zwar offiziell wieder miteinander, aber die Positionen bleiben unverändert weit voneinander entfernt. Größter Streitpunkt ist der Abbau von Zöllen und Subventionen für landwirtschaftliche Produkte. Eine große Gruppe von Entwicklungsländern will »spezielle Produkte«, die für den Lebensunterhalt von Kleinbauern und die Ernährungssicherheit wichtig sind, von den Zollsanktionen ausnehmen. Große Agrarexporteure, allen voran die USA, wollen das nicht zulassen.

In der sogenannten »Entwicklungsrunde« sollte dieser Streit eigentlich klar zugunsten der Armen ausgehen. Nun besteht aber die Gefahr, dass ein »Kompromiss« die speziellen Produkte so stark einschränkt, dass die Ausnahmen kaum noch wirksam angewendet werden können. Entwicklungsländer könnten bereit sein, diesen Preis zu zahlen, um den einzigen bisher in Aussicht gestellten entwicklungspolitischen Fortschritt, die Abschaffung aller direkten Exportsubventionen für Agrarprodukte, zu sichern.

Der nächste Termin für den Abschluss der Verhandlungen ist auf Ende Juli festgesetzt. Die EU, die als letzte Staatengruppe Exportsubventionen noch in großem Umfang zahlt, sollte zusagen, diese unabhängig vom Abschluss der WTO-Runde abzuschaffen. Dann müssten Kleinbauern nicht den Preis für den Abbau globaler Handelsverzerrungen tragen.

TOBIAS REICHERT



PICTURE ALLIANCE

Existenz von Milchbauern bedroht: EU-Agrarpolitik beeinflusst ländliche Entwicklung in Afrika und anderen Entwicklungsländern

EPAs bedrohen Sambias Milchbauern

Das Beispiel der Magoye-Gemeinde

In einer ländlichen Region im Süden Sambias befindet sich die Magoye-Gemeinde. Die in der Gemeinde lebenden Kleinbauern stellen Produkte für den Eigenbedarf sowie für den Verkauf her. Die erzielten Einnahmen dienen unter anderem der Deckung von Schulgebühren, Kosten für medizinische Versorgung und anderen Haushaltsausgaben. Der Milchsektor hat mittlerweile einen hohen Stellenwert in der Gemeinde. So haben die BewohnerInnen die »Magoye Smallholder Dairy Farmers Co-Operative Society« gegründet, um die Gemeinde zu einem der wichtigsten Milchproduzenten zu machen und dadurch zur ländlichen Entwicklung, Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung und ökologischen Nachhaltigkeit beizutragen. Auch die Regierung hat erkannt, dass die Milchproduktion im ländlichen Raum zu ökonomischer Entwicklung beitragen kann, und sie hat Fördergelder bereitgestellt.

Projekte zur ländlichen Entwicklung auf nationaler Ebene haben zwar das Potenzial, zur Steigerung der Milchproduktion in der Gemeinde und somit zur ländlichen Entwicklung beizutragen. Allerdings würden die Economic Partnership Agreements (EPAs) in der von der EU geforderten Form den Milchmarkt in Sambia und anderen Entwicklungsländern negativ beeinflussen, da sie zu einer Marktöffnung für subventionierte EU-Produkte führen würden. Die EPAs stellen Freihandelsabkommen im Rahmen des Cotonou-Abkommens dar, das die EU im Jahre 2000 mit 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP-Ländern) abschloss. Die Landwirtschaftspolitik der EU hat in den letzten Jahren ohnehin zu einem Anstieg der Milchexporte aus der EU nach Afrika geführt, und die EPAs würden diesen Trend verstärken.

Die EPAs drohen daher, in Sambia und anderen AKP-Ländern zu drastischen Einkommenseinbußen und einer Zunahme der Armut zu führen. Die Magoye-Gemeinde hofft des-

halb, dass Milchprodukte von der Liberalisierung ausgenommen werden. Dies ist möglich, wenn die EU sie als essentiell für die Wirtschaft des Landes respektiert. »Es besteht bereits jetzt Konkurrenz zwischen subventionierter EU-Milch und in Sambia produzierter Milch«, beklagt sich ein Milchbauer. »Deshalb sollte es in Sambia höhere Zölle auf EU-Milch geben. Wir können selber genug Milch produzieren, um unsere Bevölkerung damit zu versorgen.« Die Bauern machen deutlich, dass sie aus verschiedenen Gründen nicht mit den EU-Bauern konkurrieren können. Neben den EU-Subventionen sind dies vor allem unterentwickelte Technologie und ein erschwerter Zugang zu Krediten. Nur wenn diese Probleme ausgeräumt werden, so die Bauern, könnte auch die Milchindustrie im Rahmen der EPAs liberalisiert werden.

ANGELA MULENGA
Civil Society Forum Trade Network Sambia

Projektvorstellung

Kleinbauern eine Stimme verschaffen

Die Economic Partnership Agreements (EPAs) drohen die Ernährungssicherung vieler Länder zu gefährden. Die Lebensgrundlage von Kleinbauern hängt demnach in großem Maße von den Entscheidungen in Brüssel, Berlin und anderen europäischen Hauptstädten ab. Gleichzeitig haben gerade Kleinbauern kaum eine Chance, ihre Anliegen dort zu vertreten. Das muss sich ändern. Deshalb stehen Germanwatch und FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) in Kontakt mit Bauernorganisationen in Sambia, Ghana und Uganda. Zusammen mit anderen europäischen NRO wollen wir in einem neuen Projekt die Stimmen der Betroffenen nach Europa bringen. (KL)

Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft

Voraussetzungen für ländliche Entwicklung in Uganda

Die Landwirtschaft stellt in Uganda mit einem Anteil von 38 Prozent am Bruttoinlandsprodukt nach wie vor die Grundlage ländlicher Entwicklung dar, auch wenn andere Sektoren wie der Dienstleistungssektor hinzugewinnen. Darüber hinaus stellt die Landwirtschaft einen Großteil der für andere Industrien benötigten Rohstoffe bereit. Dennoch ist der Sektor in den vergangenen Jahren häufig vernachlässigt worden und Opfer zahlreicher nationaler und globaler Reformen geworden.

Globale Interessenvertreter haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nach Lösungen zur Förderung der Entwicklung von Technologie, Infrastruktur und Forschung in Uganda und anderen Entwicklungsländern gesucht, um unter anderem landwirtschaftliche Produktivität, Nahrungsmittelqualität, Umweltschutz und industrielle Verarbeitung zu verbessern. Die meisten dieser Maßnahmen waren allerdings nicht erfolgreich. Dies hat in ländlichen Gemeinden zu Misstrauen gegenüber Politikmaßnahmen geführt. Um erfolgreich zu sein, sollten Maßnahmen kohärent, gut geplant und nachhaltig sowie mit der Armutsbekämpfung verknüpft sein. Außerdem sollten sie effektive Überwachungs- und Evaluationsmethoden beinhalten.

Leider entsprechen auch die von der EU vorgeschlagenen EPAs nicht all diesen Kriterien. Vielmehr gefährden sie landwirtschaftliche Entwicklung in Uganda, da sie auf die Öffnung der Agrarmärkte abzielen und subventionierte EU-Produkte die lokalen Produkte verdrängen könnten. Somit würden die Abkommen den wichtigsten Wirtschaftszweig bedrohen und ländlicher Entwicklung entgegen-

wirken, statt sie zu fördern. Ohne eine umfassende Strategie zur Steigerung der Produktivität werden gerade die Kleinbauern in Uganda auch nicht von einem besseren Zugang auf den EU-Markt profitieren können.

Die EU sollte darauf abzielen, Voraussetzungen für ländliche Entwicklung zu unterstützen. Dazu zählt eine gute, transparente und partizipative Regierungsführung, die die Bauernorganisationen und andere Vertreter der ländlichen Bevölkerung von Anfang an in die Politikgestaltung einbezieht - auch und gerade bei den Verhandlungen mit der EU. Eine weitere Grundlage ländlicher Entwicklung ist der Ausbau von Infrastruktur, beispielsweise Wasser, Elektrizität, Transport und Telekommunikation. Der Zugang zu Infrastruktur trägt entscheidend zur Steigerung der Produktivität, Partizipation, Information und Gesundheit ländlicher Gemeinden bei. Ein Mangel an entsprechender Infrastruktur hindert auf der anderen Seite die Kleinbauern daran, ihre Bedürfnisse in politische und ökonomische Entscheidungsprozesse einzubringen und sich über ökonomische Erfordernisse zu informieren bzw. auf sie zu reagieren. Auch sind hohe private und öffentliche Investitionen in soziale Institutionen wie Schulen erforderlich, da gut ausgebildete Arbeitskräfte eine unersetzbare Ressource und somit eine Voraussetzung für ländliche Entwicklung darstellen. So lange entsprechende Reformen der nationalen Politik und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit fehlen, können die ländlichen Gebiete Ugandas bei der in den EPAs geplanten Liberalisierung nur verlieren.

HENRY RICHARD KIMERA
Consumer Education Trust Uganda



ANTJE SCHULTHEIS

Überlebenswichtig: Der Verkauf lokal angebaute und hergestellte Produkte ist Voraussetzung für ländliche Entwicklung

Agrar-Exportsubventionen abschaffen! Helfen Sie mit!

Liebe Leserin, lieber Leser,
ein Abschluss der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) ist weiterhin nicht absehbar. Die EU sollte ihre dort gemachte Zusage, alle Agrar-Exportsubventionen abzuschaffen, trotzdem umsetzen. Wir verlangen deshalb von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, sich in der EU für die Abschaffung der Exportsubventionen einzusetzen.

Helfen Sie mit!

Senden Sie einen Brief oder eine E-Mail an die Ministerin / den Minister und fordern Sie diese dazu auf:

- alle Agrar-Exportsubventionen der EU bis zum in der WTO angekündigten Datum 2013 abzuschaffen,
- die Subventionierung von Agrar-Exporten in Entwicklungsländern bereits bis 2009 endgültig zu beenden
- die Forderung der Entwicklungsländer zu unterstützen, sich gegen billige Importe durch Zölle schützen zu dürfen.

Eine Briefvorlage und die Adressen der Ministerin / des Ministers erhalten Sie unter www.germanwatch.org/zeitung/2007-2-brief.htm oder bei Anika Busch, Pressereferentin von Germanwatch, unter busch@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-23.

Selbstverständlich freuen wir uns, wenn Sie uns auch durch eine Spende oder Ihre Mitgliedschaft helfen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr Klaus Milke
Germanwatch-Vorstandsvorsitzender

Ja, ich unterstütze Germanwatch finanziell

- Ich werde regelmäßiger Förderer von Germanwatch mit einem monatlichen Beitrag von 5 Euro / 10 Euro / 20 Euro / _____ Euro.
- Ich spende an Germanwatch einmalig / jährlich den Betrag von _____ Euro.
- Buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:
 monatlich / jährlich

Konto-Nr. _____
Geldinstitut _____ BLZ _____
Datum _____ Unterschrift _____
Name _____ Vorname _____
Straße, Nr. _____ PLZ _____ Ort _____
Tel. _____ E-Mail _____

Bitte übersenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Zahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

Termine

- **Freiburg, 22.6.07:** Tagung »30 Jahre Öko-Institut – Nachhaltig in die Zukunft«. www.oeko.de/aktuelles/dok/542.php
- **Wiesbaden, 24.6.07, 12:30-18:30 h:** »Farmers organisations and NGO Strategy Meeting Concerning EPA Negotiations« (auf Englisch). Weitere Infos und Anmeldung (bis 20.6.07): lanje@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-15.
- **Bonn, 26.6.07, 17 h:** Vortrag von Dr. Manfred Treber über die Ergebnisse des jüngsten IPCC-Berichts vor dem »Ausschuss für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda« der Stadt Bonn. Ort: InWent, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn. Weitere Informationen: treber@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-14.
- **Düsseldorf, 28.6.07, 18-20.30 h:** Diskussionsveranstaltung »Afrika und der Klimawandel - Entwicklungspolitische Perspektiven nach der deutschen EU-Präsidentschaft«. Veranstaltungsort: Maxhaus (Katholisches Stadthaus), Düsseldorf. Weitere Infos: www.germanwatch.org/termine/2007-06-28.htm
- **Berlin, 9.7.07, 10-19 h:** 1. Deutscher Verbrauchertag mit dem Thema »Nachhaltiger Konsum«. Ort: E-Werk, Wilhelmstraße 43, 10117 Berlin. www.vzbv.de

Wer wir sind – was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft Deutschlands und der anderen Industrieländer mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen auch Sie mit!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1
Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19
Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Gerold Kier, Klaus Milke. Layout: Udo Tremmel/Heiko von Schrenk, Berlin. Auflage 99.000. Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Europäische Union. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und müssen nicht unbedingt die offizielle Meinung unserer Förderer darstellen.

Neue Germanwatch-Publikationen

- Klimawandel und Ernährungssicherheit. Trends und zentrale Herausforderungen. Erste Ergebnisse eines gemeinsamen Studienvorhabens von Germanwatch, Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/klimern07.pdf
- Kurzfassung der Broschüre: Die Millennium-Entwicklungsziele und der globale Klimawandel. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/klimdg07.htm
- Langfassung der Broschüre: Die Millennium-Entwicklungsziele und der globale Klimawandel. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/klimdg07.htm
- »Kein Wort von Katrina«. Interview mit Manfred Treber zum 4. IPCC-Sachstandsbericht. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/mt07intpoe.htm
- Hintergrundpapier: Germanwatch legt Beschwerde gegen Volkswagen wegen klimaschädlicher Konzernstrategie ein. 5 Euro. www.germanwatch.org/corp/vw.htm
- Studie: Corporate Governance und Sustainability. Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes. Kostenlos. www.germanwatch.org/corp/corgov06.htm
- KlimaKompakt Spezial, Nr. 37 / 30.4.07: Die Klima-Allianz: Breites gesellschaftliches Bündnis für Klimaschutz. Kostenlos. www.germanwatch.org/kliko/ks37.htm
- Globaler Klima-Risiko-Index 2007. Wetterbedingte Schadensereignisse und ihre Auswirkungen auf die Staaten der Welt in 2005 und im langjährigen Vergleich. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/kri.htm

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

www.germanwatch.org/pub

Zertifizierung von Biokraftstoffen

Die Lösung für Energieversorgung, Klimaschutz und ländliche Entwicklung?

B iokraftstoffe sind derzeit in aller Munde: Ob als klimaschonende Ergänzung zu Erdöl und Benzin, als neue Einnahmequelle für Landwirte oder als Ersatz für Agrar-Exportsubventionen und damit als Hoffnung für die WTO-Verhandlungen. Die Europäische Union hat es sich zum Ziel gesetzt, die Beimischung von Biokraftstoffen zu Benzin und Diesel bis 2010 auf 5,75 Prozent zu erhöhen, bis 2020 sogar auf mindestens zehn Prozent. Der dadurch benötigte Ethanol- und Biodiesel kann nur zum Teil in Europa produziert werden, und Importe aus Entwicklungsländern werden notwendig.

Gleichzeitig werden Biokraftstoffe aus verschiedenen Gründen kritisiert. Zum einen fallen die Einsparungen an Energie und Treibhausgasen über den ganzen Produktionsprozess betrachtet oft gering aus, da Maschinen, Dünger und Verarbeitung der Energiepflanzen fossile Energie brauchen. Der großflächige Anbau kann zudem ganze Ökosysteme bedrohen und Preise für Grundnahrungsmittel in die Höhe treiben. Jüngstes Beispiel hierfür sind die als »Tortillakrise« bezeichneten enormen Preissteigerungen für Maismehl in Mexiko, auch aufgrund des hohen Bedarfs an Ethanol in den USA. In Indonesien werden große Regenwaldflächen für Palmölplantagen abgeholzt.

Die Politik steht unter Handlungsdruck. Damit sich der steigende Verbrauch von Biokraftstoffen nicht negativ auswirkt, müssen Regeln geschaffen werden, die auch für Importe gelten. Im Rahmen der EU-Präsidentschaft will Deutschland dazu einen Zertifizierungsvorschlag erarbeiten und im Sommer vorstellen.

Was ist dabei zu bedenken? Grundsätzlich gilt: Auch durch den intensivsten Einsatz von Pflanzenenergie kann der derzeitige Energiebedarf nicht gedeckt werden. Effizienz und Einsparungen müssen daher an erster Stelle stehen.

Es sollten die Formen der pflanzlichen Energie gefördert werden, von denen die größten Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen zu erwarten sind. Biokraftstoffe für Autos schneiden hier in den meisten Berechnungen schlechter ab als Biogas oder die direkte Verbrennung als Kohleersatz. Daher ist zu überlegen, ob die Biokraftstoffquoten nicht in Bioenergiequoten umgewandelt werden sollten.

Um negative Wirkungen des Anbaus zu vermeiden, müssen entsprechende Standards verankert werden. Dabei ist zu beachten, dass auch zukünftig die meisten Flächen für den



Standards für den Anbau von Energiepflanzen wie Zuckerrohr müssen Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Biodiversität sicher stellen.

Anbau von Nahrungsmitteln genutzt werden. Aus diesem Grund müssten Standards für eine nachhaltige Flächennutzungspolitik konsequenterweise die gesamte Fläche umfassen und nicht nur jenen Teil, der für Energiepflanzen genutzt wird. Gibt es keine effektive Landnutzungspolitik, sollten Biokraftstoffe nur von Flächen stammen, die nicht für die Erzeugung von Nahrungsmitteln geeignet sind und keine besondere Bedeutung für die Biodiversität haben.

Es ist vorhersehbar, dass bei steigenden Preisen für Biokraftstoffe weitere Flächen für den Export entsprechender Pflanzen genutzt werden statt für Lebensmittel. Steigende Lebensmittelpreise, die besonders die arme städtische Bevölkerung und die marginalisierte ländliche Bevölkerung treffen, wären die Folge. Die lokale Bevölkerung muss daher umfassend und vollständig über die Folgen des großflächigen Anbaus von Biokraftstoffen informiert sein (Prinzip: Prior Informed Con-

sent) und auf dieser Grundlage in Entscheidungen einbezogen werden. Der Anbau von Biokraftstoffen könnte eine Einnahmequelle für Kleinbauern in vielen Entwicklungsländern sein. Damit diese Chancen allerdings genutzt werden können, müssen Kleinbauern an der Wertschöpfung beteiligt sein. Da für sie eine Zertifizierung schwer zu organisieren, sehr aufwändig und teuer ist, muss zudem eine Gruppenzertifizierung möglich sein.

Solange Biokraftstoffe mit Nahrungsmitteln konkurrieren, sollte ein Import nur dann möglich sein, wenn damit Einkommensmöglichkeiten für Kleinbauern geschaffen werden. Bis geklärt ist, wie der Ausbau von Biokraftstoffen mit der Ernährungssituation in vielen Entwicklungsländern (auch solchen, die gar keinen Biosprit erzeugen) vereinbar ist, sollten hohe Zielsetzungen vermieden werden.

KERSTIN LANJE, CHRISTOPH BALS,
TOBIAS REICHERT

G8-Klimadeal: Durchbruch oder heiße Luft?

Klimagipfel von Bali wird zur Nagelprobe

D as wichtigste Klima-Ergebnis des G8-Gipfels von Heiligendamm ist, dass sich die gesamte G8 dazu verpflichtet hat, bis 2009 ein UN-Anschluss-Abkommen für die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls zu vereinbaren. Diese läuft 2012 aus. Das nun gesetzte Enddatum für die Verhandlungen hat das Potenzial, weltweit klimapolitische Dynamik zu entfalten. Zumal im Konsens festgelegt wurde, dass das globale Richtziel wissenschaftsbasiert auf der Grundlage des Berichts des Weltklimarates (IPCC) vereinbart werden wird.

Die Regierungen der USA und Russlands ließen sich auf ein solches Ziel nicht festnageln. Den vier EU-Staaten gelang es immerhin, sich mit Japan und Kanada gemeinsam auf die Notwendigkeit einer Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 zu einigen. Allerdings blieb hier offen, ob das Basisjahr 1990, 2000 oder 2007 ist. Einer geschickten Verhandlungsführung gelang es, dass hier nicht einfach nur der Dissens mit den USA und Russland festgehalten, sondern das Halbierungsziel von allen G8-Staaten als Verhandlungsgrundlage für das Langfristziel akzeptiert wurde. Für die Industrieländer würde ein solches Ziel mindestens eine 80-prozentige Reduktion bis Mitte des Jahrhun-

derts bedeuten. Der US-Präsident erschien am Tag nach dem Klimakompromiss wegen Magenbeschwerden nicht bei den morgendlichen G8-Beratungen. Hatte ihm die Erwartungshaltung, die er weltweit und gerade auch in den USA erzeugt hat, auf den Magen geschlagen?

Es ist zu hoffen, dass das G8-Ergebnis eine Dynamik geschaffen hat, um beim Klimagipfel in Bali im Dezember dieses Jahres tatsächlich zu einem wegweisenden Verhandlungsmandat zu kommen. Aber die Fußangeln im Kleingedruckten des Textes sind auch deutlich zu sehen, die das notwendige Verhandlungspaket scheitern lassen könnten: Sind die USA, Kanada und Japan tatsächlich dazu bereit, in Bali mit notwendigen ernsthaften Verhandlungen zu starten? Oder will die US-Regierung doch lediglich unverbindliche Selbstverpflichtungen der großen Industrie- und Schwellenländer auf einer Konferenz, zu der sie vorab einladen wird, festlegen und diese dann der UN nur noch zur Kenntnis geben? Sind die Staaten tatsächlich dazu bereit, ein verbindliches nationales Reduktionsziel in der notwendigen Größenordnung ernsthaft zu verhandeln? Oder sollen nur unverbindliche Gespräche darüber geführt werden? Werden die großen Schwellenländer konstruktiv

auf das noch nie so deutlich ausgesprochene Verhandlungsangebot der G8-Staaten reagieren, dass von ihnen in der nächsten Verpflichtungsperiode kein absolutes Emissions-Begrenzungsziel, aber verschiedene andere Formen des ernsthaften Klima-Engagements erwartet werden?

Zum Abschluss des Gipfels haben die fünf Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika eine eigene Klimaerklärung abgegeben. Darin erklären sie erstmals ihre Bereitschaft, ihren »fairen Anteil« beizutragen, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Bislang hatten sie, allen voran Indien, sich strikt geweigert, über die Verpflichtung zu eigenem Klimaschutzengagement zu verhandeln. Nach diesem Statement ist es wahrscheinlicher, dass ab dem Klimagipfel in Bali nicht nur über Reduktionsziele für Industrieländer sondern auch über Klimaschutzbeiträge der Schwellenländer verhandelt werden wird.

War der G8-Gipfel also ein Durchbruch oder ein Höhepunkt der Produktion von heißer Luft? Der Klimagipfel im Dezember wird zur Nagelprobe des Klimakompromisses von Heiligendamm.

CHRISTOPH BALS